



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1906**

390 (23.8.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-422149](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-422149)

General-Anzeiger



(Sächsische Volkszeitung.) (der Stadt Mannheim und Umgebung.) (Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Würzburgerstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 3987.
Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Telegraphen-Adresse:
„Journal Mannheim“.
Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion : : : 877
Expedition und Verlags-
buchhandlung : : : 216

Abonnement:
70 Pfennig monatlich.
Einsender zu 25 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
ausschlag R. 3.43 pro Quartal.
Einzel-Nummer 5 Bg.
Inserate:
Die Colonne-Zeile . . . 20 Bg.
Kurzweilige Inserate : : 25
Die Reklame-Zeile . . . 60

Nr. 390.

Donnerstag, 23. August 1906.

(Abendblatt.)

Wer regiert?

(Von unserm Berliner Bureau.)

Ms. Berlin, 22. August.

Diese interessante Schicksalsfrage ist einmal wieder aktuell geworden. Der Schwur, worin der Name eines preussischen Staatsministers seit Wochen herumgezogen wird, beginnt auch den ausdauerndsten Zeitungsläser anzuwandern. Wer aber über den morgigen Tag hinaus schauen sich gewöhnt hat, dem jungen ganz andere Dinge an Sorge zu machen, als die Schuld oder Unschuld des hiesigen Pod. Man fragt, wo denn der unentbehrliche Rest von Zusammenhalt in dieser Körperschaft hingelommen ist, die wir die Regierung nennen? Man fragt sich, wie sie wiederherstellen soll, und wie das Bild vollendeter Anarchie, das die realen Kreise bieten, nach unten wirken muß?

Die Kritik in der „Norddeutschen Allgemeinen“, Pöbbeckli habe den Kanzler ersucht, dem Kaiser sein Entlassungsgebet zu unterbreiten, ist ausnahmslos, sein Freund und Feind dahin gebreitet worden, daß Pöbbeckli Schicksal entschieden sei. Die Morgenblätter vom Sonntag widerhallten von der Toilette um den Scheidenden. Schon am Montag aber befehrt uns dieselbe offiziöse Quelle, daß der Einfluß des Ministers nicht soweit reicht, ein Mitglied seines Ministeriums auszuschießen, das die Regierung kompromittiert. Von einem Entlassungsgebet ist nicht mehr die Rede. Aber doch davon, daß die Entscheidung über die Entlassung zur Zeit nicht getroffen werden könne. Sehr schmeichelhaft ist die Art auch nicht, wie hier mit einem preussischen Staatsminister umgesprungen wird und die sofortige Entlassung wäre jedenfalls eine würdigere Form gewesen, diesen Fall vorläufig zu schließen, als auf unbestimmte Zeit in der Schwärze zu lassen. Woran man eigentlich ist, weiß niemand recht, und die ganze peinliche Angelegenheit hat, biblisch Zeit, in die Tiefe zu fressen und allgemeines Mißbehagen und verdrossene Mißstimmung zu erzeugen. Wir sind einmal wieder an einem Punkte angelangt, wo das System, wonach bei uns draußens regiert wird, dicht vor dem Bankrott zu stehen scheint.

Als Herr von Pöbbeckli Minister werden sollte, und dem Kaiser seine Teilhaberschaft an der Firma Tappelt & Co. mitteilte, genügte ein Wort des Kaisers, und die Sache war in Ordnung. Niemand magte offenbar mehr, den Kaiser — der selbstverständlich an die möglichen Folgen einer solchen Verbindung nicht gedacht hat — auf das Bedenkliche daran aufmerksam zu machen. Und so erziehen wir heute den in der preussischen Geschichte geradezu unerhörten Vorgang, daß ein Minister, statt mit seiner Person den Kaiser zu deden, sich mit der Person des Kaisers dedet. Daß die Lehre von den „ministeriellen Verantwortlichkeiten“ so völlig in ihr Gegenteil berkehrt werden könnte, das hätte der alte Bismarck sich wohl auch nicht träumen lassen. Als es zum ersten Male brenzlich zu werden begann, als Herr Dr. Stübel wegen der Behauptung eines Kontos St. bei Tappelt & Co. fragte und Herr von Pöbbeckli nicht klagen konnte — weil es ein Konto P. bei der Firma, an der Frau von Pöbbeckli beteiligt ist, wohl geben wird — da hat sich in Regierungskreisen wieder nichts geredet! Denn Pöbbeckli war immer noch „des Kaisers Mann“, wer will sich die Finger verbrennen? Es ist Tradition geworden, in solchen heißen Angelegenheiten „die

historische Entwicklung“ abzuwarten. „Nur keine inneren Krisen“, nennt man das. Wie heillos verfahren unsere inneren Zustände beruhen werden — darnach fragt man vor lauter Krisenangst nicht.

Nun ist es ja richtig: die persönliche Ehre des Herrn von Pöbbeckli braucht durch die Beteiligung an einer Firma, die ein Monopol für Staatslieferungen hat, noch nicht Schaden gelitten zu haben. Aber früher war man eben empfindlicher, man fand, daß die nächsten Ratgeber des Königs auch die bloße Gelegenheit zu meiden hätten, wo ihre Ehre Schaden nehmen könnte — und man fuhr besser dabei. Und auch heute möchte man wohl wissen, auf was für Töne der sittlichen Erziehung Herr Dr. Ortel in der Deutschen Tageszeitung seine Leiter gestimmt hätte, wenn der Teilhaber der Firma Tappelt & Co. nicht Pöbbeckli, sondern etwa — Müller gewesen wäre. Aber — verkehrte Welt und Anarchie überall! Nur wenn in den Reichstag von 1906 der 100. Sozialdemokrat einzieht, dann herrscht in den oberen Regionen volle Gerechtigkeit; dann ist es selbstverständlich das Bürgerrecht gewesen, das durch mangelnde Einsicht und Gerechtigkeit das Unglück verschuldet hat. Das verstehen die Offiziösen dann mutig aller Orten.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 23. August 1906.

Vor Mannheim.

Ein Vorspiel zu dem sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim boten am Dienstag Abend eine Reihe sozialdemokratischer Versammlungen in Berlin und den Vororten, in denen die Anträge für Mannheim beraten und die Delegiertenwahlen vollzogen wurden. Um das Protokoll über den Massenstreik und um das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei gab es heftige Debatten. Auch die Frage der Waise und der Kampf der Waisenen in der Partei wurde ausgiebig erörtert. Zahlreiche Redner griffen den Parteivorstand, besonders Babel und die Besetzung der Partei, an, weil sein Verhalten nicht zweifelsfrei sei, und die Veröffentlichung des Massenstreikprotokolls einen Vertrauensbruch darstelle. Auf der anderen Seite enthielten dem Parteivorstand Helfer, welche die Generalkommission der Ueberhebung und der Hinterlist beschuldigten. Man stellte eine Generalabrechnung mit der Generalkommission auf dem Mannheimer Parteitag in Aussicht. — In der „Neuen Gesellschaft“ veröffentlicht Rauensdörfer einen Artikel, in welchem er die Unlust über die Erfolglosigkeit der Sozialdemokratie zugestehet und die Frage nach Bundesgenossen anregt.

Die Mühsal über die Unfruchtbarkeit unserer Arbeit ist da. Sie zu verdrängen, nachdem das veröffentlichte Protokoll gezeigt hat, wie sie nach allen Seiten trift, wäre Torheit. Sie zu heben, ist nur möglich, wenn wir in Bewegung bleiben. Wir müssen das Vertrauen der Massen wiedergewinnen, indem wir ihnen Ziele zeigen, die zu erreichen heute schon möglich sind, und für die es sich doch lohnt, zu kämpfen. . . Der 21. Januar war nur eine Bewegung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Als solche war er groß und erbebend, das Erdbeben, was uns seit Juni 1903 bezeugt ist. Aber als solche war sie doch zu schwach, der

preussischen Regierung zu imponieren. Wollen wir weiter kommen muß die Wahlrechtsfrage als Forderung, nicht als Parteiforderung erscheinen. Am allgemeinen Wahlrecht haben die katholischen Arbeiter in Rheinland-Westfalen dasselbe Interesse wie wir, wo die erste und zweite Abteilung von Nationalliberalen bezeugt ist können sie ebensowenig zur Geltung wie wir. Im allgemeinen Wahlrecht haben auch Bayern ein Interesse. Alle die, die nicht zu den fettesten Besitzern des Dorfes gehören, sind heute mundtot gemacht, ebenso wie wir. Vom Landarbeiter, diesem Dorrenschwein noch ganz zu schweigen. Kleinbürger, Handwerker, Krämer, Beamte, sie müßten nach der Zauberformel der materialistischen Geschichtsauffassung auf unserer Seite stehen. Und etliche Ideologen gibt es doch auch noch, die aus Prinzip und Idealismus der Waise den Schlagbaum öffnen wollen. Gleichgültig, ob sie alle das Erfurter Programm unterschreiben; sie sollen ja gar nicht Sozialdemokraten werden, sie sollen nur in einem Punkte, der ihr Interesse so nach berührt, wie interests, geladen werden, mit und zusammengehen. Wir brauchen sie, um die Wahlrechtsfrage zum Siege zu führen. Wir waren schwach, als wir allein waren. Wir wollen stark werden, indem wir die Sympathien aller Radikalschichten gewinnen.

Das Mannheimer Arbeitergericht wird also stark zu tun bekommen. Ein kostbares Eingeständnis macht der „Vorwärts“. Wie er mit einer gewissen naiven Unverfrorenheit direkt eingreift, ist das Bestreben der Sozialdemokraten die Verheerung der Arbeiter um jeden Preis. Das sozialdemokratische Zentralorgan hatte vor einiger Zeit versucht vorzutun, daß die Buchdrucker anderen Facharbeitern schlicht entlohnt werden. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ ist jedoch so anständig, der Wahrheit die Ehre zu geben, und weist dem „Vorw.“ gegenüber nach, daß die Angaben des sozialdemokratischen Blattes vollständig unrichtig sind. Daraufhin erklärt nun der „Vorw.“, daß es nicht Aufgabe sozialdemokratischer Volksmänner und Sozialpolitiker ist, nachzuweisen, daß die Lage der Arbeiter glänzender sei. Wir werden vielmehr nach wie vor solche Versuche gegen den Unternehmerorganen und dem „Korrespondent“ überlassen. „Wohlfahrt“ wenn die Lage der Arbeiter glänzender ist, hat die Sozialdemokratie die Aufgabe dies zu verschweigen und im Gegenteil es so hinzustellen, als wenn sie ungenügend wäre. Mit solchem Schwundel zieht man dann gegen die bürgerliche Gesellschaft zu Felde. Wirklich höchst albern und lächerlich!

Ueber den Arbeitsmarkt im Monat Juli

Schreibt das amtliche Reichsarbeitsblatt: „Die Gesamtsituation gestaltete sich auch im Monat Juli durchweg günstig und wies im allgemeinen ein ähnliches Bild auf wie im Juni. Auch im Juli machte sich, wie alljährlich um diese Zeit, der größere Bedarf an Arbeitskräften für die Landwirtschaft zur Verrichtung der Erntearbeiten in einer Verringerung des Arbeitsangebots auf dem gewerblichen Arbeitsmarkte geltend. In der gleichen Richtung wirkten ferner das schon im Vormonat verzeichnete Abströmen von Arbeitskräften in die Bäder und Kurorte, sowie der stärkere Sommer-Verkehr. Trotz dieser Verschiebungen blieb die Gesamtlage der gewerblichen Beschäftigung günstig. Im Kohlenbergbau brachte der Monat Juli eine weitere Steigerung der Förderung, auch in der Metall-

Aus dem Gebiete der Reichsdruckerei.

Einen interessanten Einblick in Herstellung von Wertzeichen der Reichsdruckerei gewährt ein Artikel des Sekretärs Wüst in Archiv für Post und Telegraphie. In dem Aufsatz heißt es unter anderem: Zu den schwierigsten und verantwortlichsten Aufgaben der Reichsdruckerei gehört die Herstellung und der Vertrieb der Postwertzeichen, Versicherungsmarken, Steuer- und Stempelpapieren usw. Die Bedeutung dieses Geschäftszweiges erhellt aus der Tatsache, daß im vergangenen Jahre 719 verschiedene Wertzeichenarten vorrätig gehalten und davon ungefähr 400 Millionen Stück im Wert von etwa 550 Millionen Mark in 65 000 Sendungen von der Reichsdruckerei abgeholt worden sind. Jedes einzelne dieser 400 Millionen Wertzeichen muß die sorgfältige Arbeit des Papiermachers, Grabers, Druckers und Buchbinders erkennen lassen und so beschaffen sein, daß es weder ein Fälscher ungestraft nachahmen noch ein Betrüger unentdeckt mißbräuchlich wieder verwenden kann. Die Lösung dieser Aufgabe wird dadurch erschwert, daß der Jahresbedarf der 719 verschiedenen Sorten bei einigen Sorten nur 25 Stück, bei anderen 1200 Millionen Stück beträgt, aber auch fast bei jeder Sorte in den einzelnen Monaten sehr erheblichen Schwankungen unterliegt. Dazu kommt, daß zu allen Zeiten so große Mengen vorrätig sein müssen, daß Handel und Wandel nirgends Störung erleiden, und andererseits der Vorrat aus vielen Gründen doch nur so groß sein darf, daß er in unabsehbarer Zeit verbraucht wird. Dabei müssen mit Rücksicht auf den drei- oder vierfarbigen Druck der einzelnen Sorten die Mengen auch mindestens so groß bemessen werden, daß die Herstellungskosten der Wertzeichen in angemessenen Grenzen bleiben. Da bei der Einführung neuer Wertzeichen fast niemals vorangehen werden kann, wie sich der Bedarf gestalten wird, so macht die zutreffende Bemessung der auszufertigenden Mengen große Schwierigkeiten. Neben den großen Mengen von anderen vorrätig gehaltenen Wertzeichen — Versicherungsmarken,

Reichsstempelzeichen usw. — werden im Durchschnitt täglich 1500 000 gestempelte Postkarten, 200 000 gestempelte Postanweisungen und 12 000 000 Postwertmarken verhandelt. Ebenso wichtig wie die völlig tabellarische Ausführung der Wertzeichen ist die gewissenhafte Befolgung aller Sicherheitsvorschriften während ihrer Herstellung, Lagerung und Versendung. Seit einiger Zeit wird für die Postwertzeichen Papier mit Wasserzeichen verwendet. Diese mit Wasserzeichen versehenen Wertzeichen gelangen jedoch erst nach und nach in den Verkehr, da noch große Bestände von allen Marken vorhanden sind.

Von größerem Interesse ist der Ueberwachungsdienst bei der Reichsdruckerei. Darüber finden wir in dem Aufsatz folgende Angaben: „Die Fürsorge für die Sicherheit der Wertzeichen beginnt schon in der Papierfabrik bei der Anfertigung der Papiermassen. Dann kommt das Papier in die Reichsdruckerei zur Gummierung und Anbringung eines unsichtbaren Unterdrucks und zur Glättung. Die gummierte Papierbahn wird vor dem Glätten über zwei im Winkel von 90 Grad angeordnete eiserne Ringe geführt und der Gummiaustrich dabei in unzählige kleine Zelle gebrochen; dadurch wird erreicht, daß das Papier für die Folge glatt liegt und die lästige Neigung zum Aufrollen verliert. In der Gummiererei muß das Rollenpapier in Bogen geschnitten werden. Hierbei wird durch eine mindestens dreimalige Faltung die gewonnene Bogenzahl genau festgestellt, und bei jeder weiteren Vererbteilung des Papiers wird es sorgfältig gezählt und nur gegen Zustimmung weitergegeben. Bei jedem Uebergange von einer Werkstatt in die andere tritt eine doppelte Faltung ein, beim Dienstschlusse kommen alle Vorräte in einträufelnde, doppelt verschlossene Wertgeschäfte. Von der Gummiererei gelangt das Papier in die Druckerei und in die Verforerei. Nach dem Verforieren wird jeder einzelne Bogen geprüft. Daran schließt sich in einer anderen „Wertzeichenprüfung“ genannten Werkstatt eine nach-

walige bogenweise Prüfung und das vorschriftsmäßige Verpacken an. Diese bis ins kleinste gehende Genauigkeit in der Durchführung der Arbeiten für die Herstellung von Wertzeichen erfordert natürlich eine strenge Leitung und sorgfältige Kontrolle schon in gewöhnlichen Zeiten. Von welcher Wichtigkeit der Kontrollapparat aber sein muß in Ausnahmefällen, kann man sich kaum vorstellen. In der letzten Zeit machen hervorragende Schwierigkeiten die mit der Durchführung der neuen Steuerreform verbundenen Arbeiten, und zwar sowohl mit Rücksicht auf den Umfang der Arbeit als auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit. Es handelte sich dabei um die Herstellung von 128 neuen Sorten von Wertzeichen für die Zigarettensteuer, Frachtstempelsteuer und Personalfahrkartensteuer und von drei Sorten Steuerarten für Kraftfahrzeuge. Bei fast allen Sorten fehlten sichere Bedarfsangaben, die Einrichtungen mußten also so getroffen werden, daß allen wechselnden und unvorhergesehenen Anforderungen in kurzer Zeit entsprochen werden konnte. Ende Mai erhielt die Reichsdruckerei die Anweisung zum Druck der ersten Steuerzeichenarten und bereits Mitte Juni begann die Verendung der Steuerarten und Steuerzeichen an die Amisstellen. Bis Mitte Juli sind ungefähr 119 000 000 Zigarettensteuerzeichen, 29 000 000 Frachtstempelmarken, 120 000 Steuerarten, zusammen 148 120 000 Stück verfertigt worden. Allein die Zigarettensteuerzeichen und Frachtstempelmarken stellen einen Kennwert von ungefähr 42 000 000 Mark dar. Eine solche Leistung neben den laufenden zur Zeit umfangreichen anderen Arbeiten — Papiergeld, Anleihenheine, Zinsheine, Sparmarken, Stempelpapieren usw. — ist nur dadurch möglich gewesen, daß alle Vorarbeiten, wie Anfertigung des Papiers, der Druckformen usw. rechtzeitig und mit dem Einsetzen aller Kräfte betrieben worden sind.

und Maschinenindustrie war die Geschäftslage unverändert gut. Das Gleiche gilt für die elektrische Industrie sowie für die hauptsächlichsten Zweige der Textilindustrie. Das Baugewerbe und seine Hilfszweige blühen an den meisten Orten einen sehr günstigen Fortschritt zu verzeichnen. Nur für Berlin und Wien wird von einem Rückgang der günstigen Konjunktur berichtet. Im übrigen traten die bekannten Einflüsse der kalten Saison im Buchdrucker- und in einem Teil der Konfektionsindustrie, sowie die eingangs angeführten Wirkungen der Grenzzeit, der Reisezeit und der Saison in Bädern und Kurorten in die Erscheinung. In Übereinstimmung hiermit liegt bei den an das Reichstatistische Amt berichtenden Kantonskassen die Beschäftigungsziffer etwas zurück. Nach den Vermittlungsergebnissen und Berichten der Arbeitsnachweise gestaltete sich die Nachfrage nach Arbeitskräften, besonders in Süddeutschland, im allgemeinen recht günstig, während sie in Berlin durch Arbeitsdifferenzen teilweise ungünstig beeinflusst wurde.

Deutsches Reich.

* Berlin, 22. Aug. (Der neue medien-burgische Gesandte) am hiesigen Hofe, Joachim Freiherr v. Brandenstein ist am 26. Januar 1864 geboren, zurecht also 42 Jahre alt. Nach Vollendung seiner rechts- und staatswissenschaftlichen Studien trat er in den Verwaltungsdienst des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin, wurde im August 1895 Amtsassessor in Wittenburg, zu Beginn des Jahres 1898 ebenda Amtsdirektor und kam 1899 in gleicher Amtsbezeichnung nach Rostock. Im Oktober 1901 wurde Herr v. Brandenstein als Ministerialassessor nach Hannover berufen, wo er bisher im Ministerium des Innern tätig gewesen ist, seit April 1902 als Ministerialrat.

— (Der Rüdixil Vobdielstis) dürfte sich, wie die „Dortm. Stg.“ aus Berlin erfährt, im Anschluß an einen preussischen Ministerialrat vollziehen, der kurz nach der Taufe des neuen Prinzen, Sohn des Königs, der Reichskongress zusammenzutreten wird. „Ist man versucht, diese Art des Abgangs als mit wenig Wohlwollen für Erzherzog v. Vobdielstis auszuführen zu betrachten. Es steht zweifellos fest, daß in erster Linie die Minister v. Einem und v. Rheinbaben ihrem Kollegen von der Landwirtschaft nicht gerade die nachsichtigste Beurteilung entgegen bringen und längst an den sogenannten privaten Geschäftsinteressen Vobdielstis Anstoß genommen haben.“ — Die „Dortm. Stg.“ nennt weiterhin als Nachfolger den „erwähnten Ministerialrat“ Brandeis v. Stubendorf. Auch der Oberpräsident von Ost- und Westfalen, Herr v. Helldorf, und sein Kollege in Schleswig-Holstein, Freiherr v. Wilmsdorf, dürften in engere Wahl kommen. Die Kandidaturen: Graf Schamerling (der deutsch-konservative Reichstagsabgeordnete) und v. Nonack (Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium) verfehlen lediglich die Wünsche der Hochadeligen und seien wohl nur Phantasiegebilde.

(Zur Fahrkartensteuer) geht dem „Veipz. Tagebl.“ folgende Mitteilung zu: Die im ganzen Reich auf Widerspruch gestohene Fahrkartensteuer hat im Herzen Thüringens einen selbständigen Eisenbahnkrieg gezündet, der bereits seine praktischen Wirkungen zu zeigen beginnt. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die Mindereinnahme aus dem Personenverkehr im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt in der ersten Hälfte des August dieses Jahres gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres ungefähr um ein Drittel der erzielten Fahrkartensteuer betragen, was nur auf die Benutzung der niederen Wagenklassen zurückzuführen ist. Wie ein Thüringer Blatt meldet, werden Fahrkarten 1. Klasse fast gar nicht mehr verlangt und der internationale Verkehr weist bedenkliche Lücken auf. Eine der schwersten Folgen ist die, daß die Einzelstaaten die Fahrkartensteuer indirekt durch den Einnahmefall bezahlen. Und den können die meisten thüringischen Staaten am wenigsten bezahlen.

(Sparlaffensinlagen.) Die „Statist. Kor.“ bringt eine vergleichende Uebersicht über die Sparlaffensinlagen in einigen wichtigen europäischen Ländern. Danach hat das Sparlaffenbuch die größte Verbreitung in den nordgermanischen Ländern. Auf 100 Einwohner kamen in Dänemark im Jahre 1903-04 51,15 Sparlaffenbücher, in Schweden 36,10, in Norwegen (1904) 39,92; dann folgen Belgien mit 30,14, Frankreich mit 29,44, Preußen mit 27,71, England mit 26,50, die Niederlande mit 26,02, Italien mit 20,29, Oesterreich mit 19,29, Ungarn mit 7,00 und Rußland mit 3,38. Das bedeutendste Sparlaffenbuch haben hatte Deutschland mit 7,76 Milliarden Mark, dann folgen England mit 4,09, Oesterreich mit 3,87, Frankreich mit 3,44, Rußland mit 2,21, Italien mit 2,00 und Ungarn mit 1,31 Milliarden Mark, während in den anderen Ländern das Gut-

haben die Höhe von einer Milliarde nicht erreichte. Auf den Kopf der Bevölkerung kam das größte Sparlaffenbuch in Dänemark mit 342 M., dann folgen Deutschland mit 211, Norwegen mit 179, Oesterreich mit 145, Schweden mit 126 und England mit 88 M., wogegen in Rußland auf den Kopf nur ein Sparlaffenbuch von 15 M. entfällt.

— (Das Denkmal für Eugen Richter) soll im Herzen seines Wahlkreises Hagen-Schwelm errichtet werden. Das Vorhaben ist für einen günstigen gelegenen Platz, einen dem Hagenauer Stadtpark benachbarten Berg, schon festgestellt; eine definitive Entscheidung scheidet jedoch noch nicht getroffen zu sein.

— (Stephann.) Der frühere Straßburger Polizeikommissar Stephan, welcher zurecht in Paris weilt, hat Blättermeldungen zufolge ein Gesuch bei der Schweizer Behörde eingereicht, sich in Zürich niederlassen zu dürfen, wofür er eine neue Proklama (?!), herausgeben will.

Ausland.

* Schweiz. (Zur Ausweisung Hants.) Am 19. August hielt die Zürcher Sozialdemokratie in Zürich einen außerordentlichen Parteitag ab, auf welchem auch die Ausweisung des in Karlsruhe (Baden) geborenen sozialdemokratischen Redakteurs Hants zur Sprache kam. Hierbei wurde folgende Resolution angenommen:

„Der außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich erachtet in den Truppenangelegenheiten und in dem allgemeinen Verbot des Streikpolizeistehens ungesetzliche Eingriffe der Regierung in den Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer gegenüber dem Unternehmer. Er mißbilligt aufs schärfste die Ausweisung des Herrn Hants, da diesem keine Handlungen vorgeworfen werden konnten, die die Ausweisung vom Standpunkte des Rechts und begründet erscheinen lassen könnten. Er erachtet auch in dieser Hinsicht nur eine moralisch bemerkliche Handlungsweise und den Versuch, das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift hinsichtlich zu machen. Er verurteilt aber auch sämtliche übrigen Maßnahmen als eine verwerfliche Handlung der Regierung. Der Parteitag beschließt, auf Grund dieser Erwägungen an den Regierungsrat des Kantons Zürich das Begehren zu stellen, das Verbot des Streikpolizeistehens aufzuheben. Der Parteitag protestiert im allgemeinen gegen die teils ungesetzlichen, teils moralisch verwerflichen Eingriffe in die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter gegenüber dem Kapital. Er verurteilt das Verbot der Demonstrationen als willkürlichen Eingriff in das Vereinsrecht der Arbeiter.“

* Australien. (Bundeswahlen.) Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Arbeiterpartei bei den kommenden Bundeswahlen schwerlich Verhältnisse erhalten wird, weil in ihrem Lager Uneinigkeit herrscht. Ihr Führer, der ehemalige Premier J. G. Watson, hat sich dahin gebunden, daß Herr Deakin und andere Liberalen, die ihn durch ihre Unterstützung regierungsfähig machten, bei den Wahlen keine Kandidaten aus der Arbeiterpartei gegenübergestellt werden sollen. Eine Anzahl Ortsvereine der Partei weigert sich jedoch, eine solche Abmachung anzuerkennen, und stellt Kandidaten auf, nicht nur gegen Herrn Deakin, sondern auch gegen Herrn Higgins, der in Watsons Kabinett Staatsanwalt war. Herr Watson hat infolge dieser Haltung abgetrennt, sich an dem Wahlen für die Arbeiterpartei im Staate Victoria zu betätigen, weil man dort seinen Anhängern keine Folge gegeben hat.

Badische Politik.

Das Panama der Heibelberger Genossen.

□ Mannheim, 23. Aug. Das hiesige „R. Mannh. Volksblatt“ schreibt:

„Das Panama der Heibelberger Genossen macht der „Volksstimme“ nicht wenig weis. In ihrer geliebten Nummer beschäftigt sie sich in einem anderthalbstägigen Artikel mit den Publikationen des Genossen Precht. Wiberlegen kann sie gar nichts. Wegen den, gegen sie selbst gerichteten Vorwurf, daß sie gelogen habe, den Precht wiederholt erhoben, versucht das Blatt nicht einmal anzukämpfen. Das läßt tief blicken. Desgleichen beschäftigt sie, daß der Sohn des Obergewerkschubad in Heidelberg sich einen Plakatstapel angeeignet hat, den der Herr Stadtrat dann in seinem Sinne benützte. Statt also die einzelnen Behauptungen des Genossen Precht zu widerlegen, bestärkt sie dieselben und greift ihren guten Brand“ verlässlich an und sucht ihn moralisch zu vernichten. Allein bei vernünftigen Menschen werden die besten Andeutungen über die Vergangenheit des Mannes seinen Eindruck machen, es sei denn, daß sie sich sagen: Im Lager der Genossen hat man die Vergangenheit des Precht sehr gebührend schon früher gelannt, und hat trotzdem in ihm den guten Genossen respektiert und nicht gegen ihn unternommen; erst als er daran ging, die letzte Moral der Genossen und die

bei ihnen herrschende Bruderliebe wirksam zu beleuchten, erst als er die Heibelberger Genossen in Naturtrane photographierte hat man das angebliche Ständeregister des hiesigen Mittelprecht auf den großen Tisch der Öffentlichkeit gelegt. So lange Precht ein lenkbarer Genosse war, haben Parteimitglieder und „Volksstimme“ ihn für einwandfrei gehalten — erst als er in die „eigentümlichen“ Heibelberger Verhältnisse hineinkam, drückte man seine angeblich nicht sonderbare Waise, für wahr eine sehr nette Gesellschaft!! Und diese Leute wollen unsere sozialen Verhältnisse verbessern?! Kann es eine größere Ironie, eine grandiosere Selbstverhöhnung geben?! Alle Schindereien und Grabschelten der „Volksstimme“ haben keinen Wert, sondern sie muß die Fortwärtigkeit des Genossen Precht in überlegen, darauf kommt es an, und auf sonst nichts. Nicht die moralischen Qualifikationen des Genossen Precht stehen zur Diskussion, sondern die Fortwärtigkeit der Genossen gegen die „Volksstimme“ und gegen ihr Heibelberger Hintermänner erhoben hat und die lauten Bekanntheit auf Lug und Trug. Sie soll die „Volksstimme“ widerlegen.“

Wir können diese Ausführungen nur Wort für Wort unterzeichnen. Die „Volksstimme“ drückt heute wohlwollig eine Verhöhnung der „Bad. Nachrichten“ gegen uns ab. Die Absicht ist in recht klar; allein wir erwidern auf keinerlei Anrempelungen, hinter denen Leute stehen, die mit Boettlingers u. Gen. gemeinsame Sache machen. Bei den geistigen und sittlichen Qualifikationen der „Volksstimme“ können wir freilich nicht erwarten, daß sie sich das ad notam nimmt.

Gestern morgen fand in Heidelberg zwecks Stellungnahme zum Parteitag in Mannheim eine Wahlkreisvorstandsitzung statt. Beim Punkt: Parteitag in Mannheim wurden nach eingehender Diskussion folgende Entschlüsse angenommen: 1. „Doppelmandate sind in Zukunft nicht mehr zugelassen“; 2. „Die neu herausgegebene Parteikorrespondenz ist allen Vereinsvorsitzenden unentgeltlich zuzustellen.“ Unter „Verschiedenem“ wurden laut „Volksstimme“ sehr scharf die Schmäherartikel des „Waldenheimer Blattes“ verurteilt. Insbesondere wurde es zurückgewiesen, daß Parteigenossen „in den Roth gezogen“ werden, die man nach jahrelanger Tätigkeit als bewährte Genossen kennen gelernt hat. Im Anschluß an diese Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 18. August 1906 in Heidelberg im Lokal „Zum Römer“ tagende Sitzung des Wahlkreisvorstandes vom 12. bad. Reichstagswahlkreis verurteilt auf das allerentschiedenste die gemeinen und verleumderischen Schmähartikel des „Fälzler Voten“ gegen die Partei und einzelne Genossen. Der Wahlkreisvorstand spricht auch sein tiefes Bedauern darüber aus, daß sich Parteigenossen gefunden haben, die in reaktionären Blättern die in jahrelanger erprobter Arbeit, jederzeit bewährte Parteigenossen, verleumden. Der Wahlkreisvorstand verlangt ganz entschieden, daß diese Genossen alsbald aus der Partei entfernt werden.“

Auch diese Resolution wie die „Aussprache“ zeigen, daß es den Genossen gar nicht wohl in ihrer Haut ist. Trotzdem werden sie sich aber auch weiterhin in wässren Schimpfereien gegen die vertretene bürgerliche Gesellschaft ergehen.“

Demokratische Vereinsgründungen.

□ Heidelberg, 22. Aug. In den bereits gemeldeten demokratischen Vereinsgründungen ist nachzutragen, daß auch in hiesiger Stadt vor wenigen Tagen ein demokratischer Verein gegründet worden ist.

Die Personentariffrage der Bodenseedampfer.

* Karlsruhe, 22. Aug. Die Erklärungen, die die Vertreter der badischen und württembergischen Regierung in Sachen der Personentarifreform auf den Bodenseedampfern abgegeben haben, haben nicht in Einklang miteinander und beschäftigen daher die Presse fortgesetzt. Die Frage kam in der zweiten badischen Kammer am 20. Juni d. J. (1902. Sitzung) zur Sprache. Der Abg. Benedek hat damals darauf hingewiesen, daß die badische Eisenbahnverwaltung bei verschiedenen Anlässen den Aufsehen erregt habe, sie habe einer Verabreichung der hohen Grundtarife impaßvoll gegenüber, sei aber durch die Abmachungen der anderen Bodenseefahrstaaten gebunden, während Staatsrat v. Bahl in der 31. Sitzung der württembergischen zweiten Kammer (26. Mai 1903) erklärt habe:

„Es ist schon früher zu wiederholten Malen (im württembergischen Landtag) mitgeteilt worden, daß die württembergische Verwaltung mehrmals schon mit anderen Bodenseedampferfahrern Verhandlungen in Verfert getreten ist, um eine Verbilligung der Tarife herbeizuführen, daß aber nicht eine einzige

Tagesneuigkeiten.

— Dem Flammentode entronnen. Ueber die wunderbare Lebensrettung zweier Kinder bei einem Brande in dem nahe der preussischen Grenze gelegenen russischen Städtchen Georgenburg wird der „Danz. Stg.“ berichtet: Als das Wagnisgebäude des Adersbürgers Schwalmühl, eines Deutschen, Feuer zu fassen begann, konnten die Bewohner nur an die Rettung des eigenen Lebens und an die ihrer Angehörigen denken, da die Flammen mit unglaublicher Schnelligkeit über das Holzgebäude und die Stallungen dahinschwanden. Schon schlugen die Flammen an Türen und Fensteröffnungen hervor, als man erst die beiden Kinder — ein Mädchen von 13 und ein Knabe von 12 Jahren — vernahmte, die in einer Kammer schliefen und dort in der grenzenlosen Verwirrung zurückgeblieben waren. Die Mutter wollte sich sofort in das brennende Haus stürzen, da fiel das Schindeldach nieder und machte jeden Rettungsversuch unmöglich. Das Jammerschrei der Eltern war grenzenlos. Die armen Kinder erwachten erst aus dem Schlaf, als die Flammen zum Fenster ihres Zimmers herein schlugen. Schreiend und weinend wollten sie nun hinaus, aber — unmöglich, alles um sie her stand im Feuer. Durch Rauch und Qualm retteten sie sich bis in die Küche. Hier in der Angst erblühte das Mädchen den großen, massiven Backofen. Ein rettender Gedanke durchblühte sein Köpfchen und mit den Worten: „Still, Mädchen, still!“ rief es die Tür des Ofens auf, und beide Kinder verschwanden darin, die Tür fest hinter sich zuschlagend. Nur für die legende Stellung bei ihnen ihr unbetheiltes Rettungsort Raum. Sie hielten die prahlenden Flammen und das Schreien der Menschen. Vor dem Feuerode schienen die Kinder gerettet, aber nun drohte ihnen ein anderer Tod — der Erstickenstod. Durch den Schwereindruck der Rauch bis in den Ofen und begann ihn zu fressen. Als die Keinen kaum noch zu atmen vermochten, bedeckte

das Mädchen mit ihrem Kopf und der Knabe mit seiner Jacke das Gesicht um den Rauch abzuhalten; aber trotzdem wären sie dem qualvollen Tode nicht entgangen, wenn nicht plötzlich von der Decke ein brennender Balken herabgestürzt wäre und die Obermauerung des Ofens durchschlagen hätte, so daß hier ein Loch in der Größe zweier Hühnerfüße entstand. Das war die Rettung der armen Geschöpfe; der Rauch zog schnell durch diese Öffnung ab, so daß die Kinder, wenn auch mühsam, doch genügend atmen konnten. Länger als zwei Stunden hatten sie in dem Backofen zugebracht, da erst wurde es möglich, den Brand des Gebäudes zu löschen. Zuerst eilte nun die Mutter in die noch rauchenden Räume ihres Hauses, um nach den Ueberresten der Kinder zu suchen — da schlugen plötzlich Laute an ihr Ohr, es waren die wohlbekannten Stimmen ihrer Kinder: „Mutter, Mutter!“ schrien sie angstvoll, „hier sind wir — hier — öffne die Tür!“ Bald lagen die Kinder in den Armen der Eltern.

— Kaiserin Charlotte von Mexiko wieder hergestellt? Es ist schon öfters vorgekommen, daß Personen, deren Geist durch schwere Schicksalschläge gestört worden ist, im Alter ihre geistigen Fähigkeiten wieder erlangt haben. Wie nun die Londoner „Truth“ meldet, ist dies auch bei der Kaiserin Charlotte von Mexiko, der Witwe des unglücklichen Kaisers Maximilian, der Fall. Als Napoleon III. seinem Schicksal überließ und seine Truppen aus Mexiko zurückzog, und als sich insoweit die Tragedie von Cuernavaca abspielte, verließ Kaiserin Charlotte in Texas. Sie wurde nach Genoa in der Nähe von Venedig gebracht, wo sie seit fast vierzig Jahren gelebt, aussergewöhnlich gepflegt, besonders von ihrer Schwägerin, der verstorbenen Königin Dorothea, die sie von London aus täglich besuchte. Kürzlich nun besuchte sie ihr Bruder König Leopold, und bei dieser Gelegenheit soll sie ruhig und zusammenhängend geplaudert und keine Spuren ihres früheren Irrens gezeigt haben. Kaiserin Charlotte ist fünf Jahre jünger als König Leopold, 61 Jahre. Sollte sie ihn überleben, fällt die

eine Hälfte ihres bedeutenden Vermögens den Töchtern ihres Bruders zu, die andere Hälfte den Kindern des Grafen von Hohenhausen.

— Ein dreifacher Mordmord. Wie aus Remscheid berichtet wird, hat sich in dem Städtchen Solihury in Nord-Cardino wieder einmal ein systerischer Lynchprozeß abgespielt. Nicht weniger als drei Regter wurden von dem erbitterten Mob kurzerhand abgeholt. Die Volkswut stürmte gegen Abend das Gefängnis und holte fünf Farbige heraus, welche der Ermordung einer Familie Overly angeklagt waren. Der Prozeß gegen die Farbigen hatte in Roman Superior Court in Solihury begonnen und der Vorsitzende, Richter Long, die Bevölkerung vor Begehung einer Gewalttat gewarnt, indem er die strengste Aburteilung durch das Gesetz in Aussicht stellte. Aber trotz dieser Warnung und trotz der Gegenwehr der Witz schleppte die tollende Volkswut drei der Farbigen eine Straße außerhalb der Stadt, um sie zu lynchen. An einem Baum wurden die drei Mordgefallen aufgehängt, und während die Körper ludend herabgingen, kühlte die Volkswut ihre Wut, indem sie Schuß auf Schuß auf die mit dem Tode Ringenden feuerte. Unter den Personen, welche den blutdürstigen Mob hielten, von der Lynchung abzuhalten, behauptete sich auch Bundes-Senator Doermann. Aber alle Bitten und Vorstellungen verhallten ungehört. Der Gouverneur Glenn erklärte den Lynchmord für eine Schmach des ganzen Staates und erklärte, die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen zu wollen. Teilweise wurde der Anführer des Mords, ein gewisser Galt, verhaftet und bereits nur wenige Tage nach dem Lynchgericht vom Richter Long zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verurteilung war die erste im Staate Nord-Carolina, die jemals wegen Teilnahme an einem Lynchgericht hatigefunden hat. Bei dem Sturm auf das Gefängnis wurde ein Lokomotivführer namens McRendon von der Witz erschossen.

Verwaltung geneigt war, der gegebenen Anzeigung zu folgen.

Was nun folgenden Tags (21. Juni) der Minister v. Marzfall in der 103. Sitzung hier erklärte, steht im direkten Gegensatz mit der Darstellung des württembergischen Regierungsvortreters. Es heißt da u. A.:

Die Nachforschungen haben ergeben, daß die Sache zum letzten Mal auf der Konferenz der Verwaltungen für Bodenbesitzverhältnisse und Rhein im Jahre 1890 behandelt worden ist. Da ist es nun allerdings richtig, daß im Jahre 1889 und 1890 ein Antrag der württembergischen Schiffsverwaltungen auf Wiedereinführung der vom 1. Juni 1875 in Geltung gewesenen Personenliste für den Bodensee gestellt wurde, also — auf Herabsetzung der Grundlagen. Dieser Antrag wurde behandelt, aber die badische Regierung hat sich nicht dagegen geäußert. Die badische Regierung hat ausdrücklich dem Antrag Württemberg auf Einführung dieser Grundlagen zugestimmt. Leider fand aber der Antrag Württemberg nicht die Majorität und es ist daher diese Herabsetzung der Grundlagen nicht erfolgt. Sie sehen also, daß die Behauptung, daß die badische Regierung sich ablehnend verhalten habe, nicht stimmt.

Dieser schreibt der Stuttgarter „Beobachter“ (Nr. 182) u. a.: „Wie man sieht, ist der Widerspruch ein vollkommen und unlösbarer“ — und das „Deutsche Volksblatt“ knüpft daran die Bemerkung:

„Jedenfalls hat das württembergische wie das badische Volk und nicht zuletzt die parlamentarischen Vertretungen beider Staaten ein Recht darauf, zu erfahren, wo hier die Wahrheit ist. Die württembergische Regierung wird daher nicht umhin können, eine blühende Antwort auf die Erklärungen des badischen Staatsministers von Marzfall zu geben, werden doch durch diese die früheren Äußerungen des Staatsrats v. Walz direkt desavouiert — Äuße gestraft.“

Man wird nun begierig sein dürfen, auf die zu erwartende Erklärung der württembergischen Regierung.

Bürgerauschussigung in Weinheim.

in Weinheim, 23. August.

Die gestern nachmittag 5 Uhr abgehaltene Bürgerauschussigung war verhältnismäßig schwach besucht. Von 18 Mitgliedern inkl. des Gemeinderats hatten sich laut Präsenzliste nur 48 eingefunden, was wohl auf Konto der weniger wichtigen und kurzen Tagesordnung zu setzen ist. Andererseits waren auch die meisten abwesenden Bürgerauschussmitglieder mit Entschuldigungen versehen.

Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Ehret, bemerkte vor Eintritt in die Tagesordnung, daß der Gemeinderat beschließen habe, in Zukunft alle wichtigen Vorlagen den Ausschussmitgliedern in gedruckter Form vorzulegen. Ferner teilte er mit, daß von dem Ausschussmitglied Falkenstein und Gen. eine Interpellation eingereicht wurde, die er jedoch nicht zur Beratung zulassen könne, da die betreffende Angelegenheit nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung verzeichnet sei und er sich keinen Vorstoß gegen die Geschäftsordnung zu schaden kommen lassen wolle.

Nach einer kurzen Bemerkung des H. A. M. Schumann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt betraf

die Errichtung einer Schuldienerstelle an der Volksschule.

Der Vorsitzende begründete die Vorlage, nach welcher der Schuldiener ein Jahreseinkommen von 1000 M. erhält.

H. A. M. Schneider führte aus, daß die dienstlichen Obliegenheiten eines Schuldieners keine zur Verfügung stehende Zeit nicht ganz ausfüllen. Ist er ein Handwerker, so kann er seine freie Zeit zur Ausübung seines Handwerks beuhen. Andererseits wäre es einem Schuldiener kaum möglich, mit einem Jahreseinkommen von 1000 M. auszukommen und die Folgen davon wären nur die Bittgesuche um Aufbesserung. Es erweise also wünschenswert, daß der Diener vor Vertragsabschluss seine dienstlichen Obliegenheiten genau kennen lernt und daß ihm zu diesem Zweck eine genaue Dienstbeschreibung zugeht, damit später keine Anzweifelungen zwischen dem Vorkörper und dem Diener entstehen. Viel Ärger und Verdruß könne damit erspart bleiben. Er stimme dem gemeinderätlichen Antrag bei und ersuche, den Schuldiener in den neuen städtischen Gehaltsstufen mit einzureihen.

H. A. M. Richter beschwerte sich darüber, daß der Schuldiener schon im Voraus bestimmt wurde. Man hätte damit zum mindesten die heutige Sitzung abwarten sollen.

Der Vorsitzende entgegnete, daß die Stelle noch nicht besetzt und auch die Frist zur Besetzung derselben noch nicht abgelaufen sei. Zwei Militäranwärter hätten sich gemeldet, von denen der eine noch nicht zwei Jahre Staatsbürger sei und demzufolge in Wegfall komme. Der andere Anwärter habe 5 Vorstrafen, darunter ein halbes Jahr Gefängnis. Dieser habe ebenfalls kein Anrecht auf die Schuldienerstelle. Um die Besetzung der Stelle nicht weiter hinauszuschieben, sei es selbstverständlich, daß sie zur Ausschreibung gelange. Was den Gehalt betreffe, so seien die Schuldiener in dem Gehaltsstufen mit inbegriffen.

Der gemeinderätliche Vorschlag fand hierauf die einstimmige Genehmigung.

Die freiwilligen städtischen Gehaltszulagen an die Volksschullehrer.

Der Vorsitzende begründete in längerer Ausführung die Vorlage und bemerkte, daß der Gemeinderat I. B. den Beschluß gefaßt habe, den hiesigen Hauptlehrern und Unterlehrern eine städtische Aufbesserung zuzuwenden und zwar für die Hauptlehrer in Höhe von 200 M., für die Unterlehrer in Höhe von 100 M. Die Voraussetzungen, die für diesen Beschluß maßgebend waren, seien nun durch den Erlass des neuen Volksschulgesetzes und der Gehaltsregelung der Lehrer in Wegfall gekommen. Deshalb habe der Gemeinderat beschlossen, den in Zukunft einzustellenden Hauptlehrern und Lehrern die städtische Zulage nicht mehr zu gewähren.

H. A. M. Schneider bedauerte diese Beschlußfassung des Gemeinderats. Man möchte doch auch bedenken, daß der hiesige Schuldienst ein viel schwererer sei, als draußen auf dem Lande. Es seien hier auch bedeutend mehr Kinder zu unterrichten, als anderwärts und die Anforderungen, die an die Lehrer gestellt werden, seien bedeutend größer. Ein Lehrer der hiesigen Schule habe größere Ausgaben als auf dem Lande und ein Lehrer der dortigen Schule habe eine größere Zahl von Schülern. Die Verweigerung der städtischen Zulage an die Lehrer könne von großem Nachteil sein; deshalb möchte er bitten, die städtische Zulage auch weiterhin zu gewähren.

H. A. M. Schwarzwälder ist der gleichen Ansicht wie der Vorkörper. Es werde ja immer gellagt, daß es an Lehrkräften mangle, deshalb habe man alle Ursache, den Lehrern zu fördern. Es sei durchaus nicht von Nachteil für die Stadt, wenn man den Zuschuß auch weiterhin zu gewähre.

Der Vorsitzende führt aus, daß die Gründe, die H. A. M. Schneider vorgetragen habe, teilweise richtig seien. Aber die Hauptsache hätte er unterlassen vorzubringen, daß nämlich die hiesigen Lehrer in der Stadt ihre Kinder in der Stadt selbst aufziehen lassen können und dadurch keine weiteren Kosten haben, während einem Lehrer auf dem Lande dies nicht möglich ist, so daß er der Lehrer auf dem Lande überlegen sei, als der in der Stadt. Die Lehrer, die wir haben, sollen ihre Zulage weiter

bezügen, dagegen soll den künftig anzustellenden Lehrern und Hauptlehrern die Zulage nicht mehr genehmigt werden, da ja die Staatsbehörde den Gehalt festsetzt.

H. A. M. Schneider ist mit dieser Erklärung des Vorkörpers durchaus nicht einverstanden und hätte, doch bedenken zu wollen, daß noch ein Gesetzesparagraf besteht, nach welchem den Lehrern zu dem Wohnungsgeld sozial zugesprochen werden muß, als zu einer vierzimmerwohnung notwendig ist. Mannheim, Karlsruhe und Freiburg hätten während der Debatten im Landtag über die Gehaltsregelung der Lehrer ihrer Lehrern eine Aufbesserung gewährt. Er befürchte, die Stadt Weinheim könnte den Schaden davontragen, weshalb er nochmals um die fernere Genehmigung des Ausschusses bitte.

H. A. M. Hörbt ist für fernere Genehmigung des Ausschusses, da der Betrag ganz minimal sei. Es habe keinen Wert, wenn man dem Gymnasium alle Gabe und der Volksschule abzwende.

Nach weiteren Ausführungen der H. A. M. Carrillon, Zinigräff, Schneider und Wolff wird der gemeinderätliche Antrag mit 31 gegen 19 Stimmen angenommen.

Der 3. Punkt der Tagesordnung, Die Organisation der Realschule und Angliederung einer 7. Klasse an die Realschulabteilung.

wurde mit der Motivierung zurückgezogen, daß Verhandlungen mit dem Großh. Oberschulrat in die Wege geleitet werden sollen, damit eine 7. Klasse ohne Professorienstelle errichtet werden könne. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Der Vorsitzende kam nun auf die in der letzten Sitzung von H. A. M. Ehret gegen ihn erhobene Beschuldigung zu sprechen, daß er bei der Herstellung der Ehrerstraße Gemeindefuhrwerk und Gemeindefuhrwerk verwendet habe. Er stelle den Antrag zwecks einer gründlichen Untersuchung eine Kommission zu wählen, die vollständige Klarheit in die Angelegenheit bringe. H. A. M. Hörbt findet es mit der Würde eines Bürgermeisters nicht vereinbar, daß derselbe noch Beugungsproklamationen treibe. Ihm sei erklärt worden, die besten Arbeiter hätten an der Herstellung der Straße gearbeitet.

Der Vorsitzende betont, daß ihn die Ausführungen des Vorkörpers noch mehr dazu bestimmten, darauf zu dringen, daß vollständige Klarheit in die Sache gebracht werde.

H. A. M. Fleckenstein spricht sein Befremden darüber aus, daß man eine Angelegenheit, die schon 8 Jahre zurückliegt, heute nochmals aufrolle. Zur Erhöhung des Ansehens der Stadt trage dies nicht bei. Man müsse dem Bürgermeister Vertrauen entgegenbringen.

Der Vorsitzende erwidert, daß er ein ruhiges Gewissen habe und daß er, wenn es nicht anders gehe, die Sache durch die Staatsanwaltschaft untersuchen lasse, obwohl er deren Urteil schon kenne.

H. A. M. Reiniß bemerkt, daß es wirklich zu bedauern sei, daß die jungen Herren, die jetzt im Bürgerauschuss sitzen, eine Sache, die 8 Jahre zurückliegt, wieder hervorbringe. Er könne nicht begreifen, daß man dem Herrn Bürgermeister diesen Vorwurf mache.

Nachdem noch die Herren Schumann, Bürgermeister Ehret, Schaffert, Zinigräff und Friedrich gesprochen hatten, wurde eine fünfköpfige Kommission, bestehend aus den H. A. M. Fleckenstein, Zinigräff, Birang, Schwarzwälder und Friedrich gewählt, welche die Angelegenheit untersuchen soll. Schluß der Sitzung nach 6 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 23. August 1906.

Die Vereinigung von Badenern Brüssels begehrt den 30. Geburtstag unseres Landesherren durch folgende Festlichkeiten: Am Samstag den 15. September, abends um 8 1/2 Uhr, findet in den Räumen des Grand-Hotel ein Fest mit Damen statt, dessen Vorsitz zu übernehmen der kaiserliche Geschäftsträger, Herr Legationsrat Graf von Oberndorff, sich bereit erklärt hat. Nach Beendigung des Festmahls wird gegen 10 1/2 Uhr im oberen Saale des Kalkhanes „zu den drei Schweigern“ ein öffentlicher Festkommers abgehalten werden, für den Neben-, erste und bessere Vorträge, Musik und Gesang vorbereitet sind. In dem Aufsatze, der sich mit der Aufforderung zur Teilnahme an den Festlichkeiten an „die Deutschen Welt“ wendet, wird folgendes ausgeführt: „Am 9. September 1906 feiert Seine Königliche Hoheit der Großherzog Friedrich von Baden seinen 80. Geburtstag. Wir verehren in dem recht deutschen Fürsten aus dem alten badischen Geschlechte, eine der bedeutendsten Gestalten der neueren deutschen Geschichte, den Mitbegründer des deutschen Kaiserreiches, der am 18. Januar 1827 im Namen der deutschen Fürsten und freien Städte und im Namen des ganzen deutschen Volkes den neuen Kaiser mit jubelndem Jubel begrüßte. Am 20. September 1906 begehrt Seine Königliche Hoheit Großherzog Friedrich den Tag, an dem er vor 50 Jahren mit Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Luise von Preußen, der Tochter Kaiser Wilhelm I., den Eheband geschlossen hat. Wenn in den Septembertagen das badische Volk in treuer Liebe um sein Herrscherpaar sich schart, wenn auf des Schwarzwalds Höhen, wie im Rhein- und Neckarthal die Freudenfeuer loden, dann wird in einmütiger Bewegung ganz Deutschland voll Ehrfurcht und Dankbarkeit zu dem erwichenen Herrscherpaar aufblicken, in dem die große Zeit nationaler Einigung verkörpert ist. Wie Baden in Verfall empfunden es als unfer Recht und unsere Pflicht, unsere deutschen Landsleute zu einer würdigen Feier dieser vaterländischen Gedenktage aufzufordern.“

Aus der Handelstammer. Die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft Karlsruhe sendet den Entwurf zum kommenden Winterfahrplan der Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Mannheimer Bahn. Interessierten können denselben auf dem Bureau der Handelstammer einsehen.

Großfeuer in Sodenheim. Heute Nachmittag gegen halb 12 Uhr tündete die Bewohner Sodenheims durch Feuerlärm erschreckt. Auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise drang in dem Anwesen des Hofschändlers Rath. Gruber Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete und auf die mit Entenwässern gefüllte Scheune des Landwirts Heinrich Gruber übergriff. Binnen kurzer Zeit waren beide Scheuern bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Dank dem energischen Eingreifen der hiesigen Feuerwehr im Verein mit den Bewohnern, welche mit Wasserfassern zu Hilfe eilten, konnte ein weiteres Ausbreiten des Brandes vermieden werden. Da ein Retten der beiden Scheuern unmöglich war, mußte man das Hauptaugenmerk auf die Sicherung der Wohnhäuser und der anliegenden Scheune des Roggenarbeiters Adam Söhler richten. Nach ca. 1 1/2 Stunden angestrengter Tätigkeit war die Hauptgefahr abgewendet. Trotzdem ist der Schaden ein beträchtlicher. Mehr oder weniger stark hatten auch die Vordergebäude teils durch die enorme Hitze, teils durch das Wasser gelitten. Ob die Betroffenen versichert sind, konnten wir bisher nicht erfahren. Das Vieh konnte glücklicherweise in Sicherheit gebracht werden. Es ist ein wahres Glück, daß der Brand nicht bei Nacht entständen ist. In diesem Falle hätte er sich leicht zu einer Kata-

strophe gestalten können, da Sodenheim keine Wasserleitung besitzt und bei der jetzigen Jahreszeit die Brunnen nur mäßig Wasser geben. Zu bemerken ist noch, daß dem Hofschändler Gruber ein anschließendes Quantum Weizens, das im Keller lagerte, verbrannt. Des weiteren haben die Gärten der beiden Brandgeschädigten unter Hitze und Wasser und durch das zusammenbrechende Gebälk sehr gelitten.

Warnung! Mit Bezug auf den spanischen Schahzadeherzöginde werden wir von der Großh. Staatsanwaltschaft Mannheim um Aufnahme folgender Warnung ersucht: „Die Fälle, in denen Einwohner des hiesigen Landgerichtsbezirks Briefe erhielten, durch welche sie von angeblichen Inassen spanischer Gesandnisse unter der Vorpiegelung, Anteil an vergrabenen oder auf Bahnhöfen lagernder Schätze zu erhalten, um Einfindung von Geldern ersucht würden, haben auch in neuerer Zeit noch nicht aufgehört. Das Publikum wird vor derartigen Schwindelversuchen um so dringender gewarnt, als ein bedauerliches Einschreiten gegen Betrüger dieser Art erfahrungsgemäß völlig erfolglos bleibt.“

Ein hartes Kampf hatte am 30. Juli ein Schuttmann mit einem widerspenstigen Kesselpolier namens Richard Stecher zu bestehen, den er wegen Verletzung der Passanten in der Nähe der Redarbrücke auf die Waage in G. 6 verdrängen wollte. St. schlug dem Schuttmann mit der Faust ins Gesicht und bald lagen beide am Boden. Die Kameraden des Kesselpoliers saßen dem Kampfe ruhig zu und es wäre dem Schuttmann wahrscheinlich noch recht schlimm ergangen, wenn ein Passant nicht zugegriffen und den Schuttmann unterstützt hätte. Inzwischen hatte sich eine kolossale Menschenmenge angesammelt. Das Schöffengericht beurteilte den wegen ähnlicher Delikte schon vorbeurtheilten Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten 20 Tagen.

Verurteilung. Der in der Verhandlung gegen den Gauleiter des Verbandes der Transportarbeiter, Habicht-Kranfurt, vor der hiesigen Strafkammer als Zeuge dervornommene Herr Börn erweist uns, freizustellen, daß er noch nicht, wie es in dem Verhandlungsbericht hieß, wegen Betrugs vorbeurtheilt ist.

Sport.

D.Sp. Das Fürstberg-Memorial, mit dem morgen das Badener Meerbad als Hauptkonkurrenz einleitet, wird eine ziemlich zahlreiche Affäre werden, da nur vier Pferde am Start zu erwarten sind, von denen überdies die Teilnahme von Hammurabi noch zweifelhaft ist. Die voraussichtlichen Starter sind: Comte de Marois' „Quinonce“ 64 Kg. (Carter), Monf. R. Caillault's „Zyrol“ 52 Kg. (Reiff), Kl. Ost. Graf's „Dammurabi“ 60,50 Kg. (Warne) und Herr H. Straube's „Derby Cup“ 48,50 Kg. (Barna). Die französischen Pferde haben den neueren Propositionen zufolge höhere Gewichte wie die deutschen Konkurrenten erhalten, man muß den beiden französischen Vertretern aber trotzdem große Chancen zusprechen, besonders gilt dies von „Zyrol“, dem Hengste des Monf. Caillault, der jedenfalls auch als Favorit ins Rennen gehen wird. Trotzdem halten wir die Aussichten der beiden deutschen Kandidaten für durchaus keine schlechten, wir glauben im Gegenteil in „Derby Cup“ den voraussichtlichen Gewinner des 1000 Mark-Preises zu sehen, umso mehr als Herr Straube, der Besitzer des Hengstes, den vorzüglichen amerikanischen Leichtgewicht-Jockey Tom Barns speziell für den Ritt auf „Derby Cup“ engagiert hat. — Für das mit 12000 Mark dotierte „Preis von Karlsruhe“, die zweitwertvollste Konkurrenz des Tages gelten „Romolo“, „Calville“, „Dalond“, „Leopard“, „Calabach“ und „Flora“ als Starter. Letztere ist allerdings zweifelhafteste Starterin, sollte sie jedoch in diesem Rennen abgeschossen werden, so leben wir in ihr die Siegerin, sonst erwarten wir „Calville“ in Front.

Berichtszettel.

Mannheim, 23. August. Vor der zweiten Ferienstrafkammer gelangte heute Vormittag die Anklage gegen Redakteur Oskar Ged von der hiesigen „Volksstimme“ wegen Vergehens gegen §§ 184 Abs. 1 R.St.G.B. (Verbreitung unzüchtiger Schriften) zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Jungmanns vertreten. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Frank. Den Gegenstand der Anklage bildete ein in Nr. 168 der „Volksstimme“ vom 12. Juni ds. J. unter dem Titel „Ein Blumenkoll“ erschienenen Gedicht von Alfred Scholz, welches die „Volksstimme“ aus der „Welt am Montag“ abgedruckt hatte. Das Gedicht behandelte die Fortpflanzung der Pflanzen und schloß mit einem Hieb gegen Polizei und Alkoholsucht. Die Nummer, welche das Gedicht enthielt, wurde, soweit dies noch möglich war, beschlagnahmt. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit, Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Frank: Ich trete dem Antrag entgegen. Das Gedicht ist in einer Reihe von Zeitungen veröffentlicht und es ist von vielen Tausenden gelesen worden, ohne daß die Sittlichkeit gefährdet wurde. Es steht in den Blättern der Angeklagte sei wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften angeklagt. Wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, so wird zweifellos kein Ansehen noch außen gefährdet. Der Einzelne wird nicht unterliegen können, was daran ist. Ich glaube, die Sittlichkeit wird nicht durch die Veröffentlichung gefährdet, wenn es auch notwendig wird, auf biologische Einzelheiten einzugehen. — Das Gericht berückichtigte nach längerer Beratung, daß wegen Gefährdung der Sittlichkeit dem Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit stattgegeben werde. Das Publikum muß den Saal verlassen; auch mit den Vertretern der Presse wird keine Ausnahme gemacht. Die Verhandlung dauerte etwa dreiviertel Stunden. Zeugnisse waren keine geladen. Wie wir hören, sollte der Staatsanwalt das Gedicht als ein Darstellendes des menschlichen Geschlechtslebens auf und beantragte eine angemessene Geldstrafe, sowie das Unbrauchbarmachen der Platten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frank, vertret die Aufhebung, daß das Gedicht den Fortpflanzungsorganen bei den Pflanzen zu einem satirischen Angriff gegen überbrachte Sittlichkeitsapostel verwerte. Ueber die Frage, ob es künstlerischen Forderungen gerecht werde, lasse sich streiten, muß aber müsse es als Satyre anerkannt werden. Indem es auf die Erscheinung in der großen Natur hinweise, wolle es die Verirrungen heuchlerischer Sittlichkeitsprediger der Lächerlichkeit überantworten. Der Angeklagte sei daher freizusprechen. Das Gericht sprach den Angeklagten nach etwa viertelstündiger Beratung frei. Man sei dem Standpunkt des Verteidigers beigetreten, daß es sich im wesentlichen um die Darstellung eines Vorgangs aus dem Pflanzenleben handle, allerdings in satirischer Weise. Eine Stelle, die Gefährdung mit dem Abschreiben des Stengels, könne allerdings Anstoß erregen, der Gerichtshof habe jedoch auch darin keine gröbliche Verletzung des Sittlichkeitsgefühls gefunden. Die Beschlagnahme der Nr. 168 der „Volksstimme“ wurde aufgehoben.

Aus dem Grossherzogtum.

Heidelberg, 22. August. Die auf der Stabilität durch Deutschland befindlichen französischen Ärzte wurden von den einheimischen Klinikern und Ärzten in kollektiver Weise bei ihrer Ankunft empfangen. Im Hofsaal der medizinischen Fakultät fand eine akademische Begrüßungsfeier statt, bei der Geheimrat Hofrat Hierold die Begrüßungsansprache hielt. Darauf wurden die verschiedenen Kliniken unter Führung des Herrn Professor Neumann besichtigt. Auch in das noch nicht eröffnete Anstaltsgebäude wurde den französischen Gästen ein Einblick gewährt. In der Stadthalle fand sodann ein von der Stadt Heidelberg gegebenes Frühstücksmahl statt, bei dem der Oberbürgermeister Dr. Wildens, Geheimrat Hofrat Hierold und Geheimrat Rat Arnold, der Senator der medizinischen Fakultät, Ansprachen hielten und mehrere französische Kollegen anwesend waren. In den Grossherzog von Baden wurde ein Begleitungstelegramm geschickt, das die Besuche in der Weise erwiderte. Mittags wurde eine Rundfahrt durch die Stadt unternommen. Gegen Abend erfolgte die Weiterreise nach Baden-Baden.

Baden-Baden, 22. Aug. Gestern Abend 7 Uhr trafen die auf einer Studienreise durch Deutschland begriffenen französischen Ärzte hier ein. Am Bahnhof wurden sie von Mitgliedern des „Kerzlichen Vereins Baden-Baden“ empfangen. Heute Vormittag 9 Uhr wurden die Gäste im Großen Friedrichsbad empfangen, wo sie namens der Großh. Badenhalten-Kommission von Herrn Geh. Reg.-Rat Haase, namens des „Kerzlichen Vereins der Stadt Baden-Baden“ von dem Vorsitzenden desselben, Herrn Hofrat Dr. Oblicher, begrüßt wurden. Sodann erfolgte eine eingehende Besichtigung des Großen Friedrichsbades, des Kaiserin Augustas-Bades und des Großen Landesbades, woselbst den Gästen seitens der Großh. Badenhalten-Kommission ein Frühstück gereicht wurde. Der „Kerzliche Verein der Stadt Baden“ hatte hier 12 Landauer zur Verfügung gestellt, welche nacheinander bestiegen wurden zur Fahrt nach verschiedenen Sanatorien. Um 2 Uhr detrainierten sich die französischen Mediziner im „Galland-Hotel“ und um 3 Uhr bestieg der hiesige „Kerzliche Verein“ wiederum Landauer zur Verfügung, welche die Gäste nach dem Alten Schloß brachten. Abends fand in den Blumenjäten des Konversationshauses eine Begrüßung der Gäste durch die Stadtgemeinde statt.

Freiburg, 22. August. Am 20. ds. Mts., vormittags war der verheiratete 28 Jahre alte Hofmacher Gustav Seebacher im Winterthal im Stadtwald am Kreuzweg im Begriff, mit einem mit Holz beladenen Schlitten den Berg hinunterzufahren; infolge des schnellen Bodens konnte er jedoch den Schlitten nicht richtig lenken, wurde an eine Felswand gedrückt und konnte erst von einem herbeigeeilten Waldhüter befreit werden. Seebacher hatte so schwere innere Verletzungen erlitten, daß er nachts um halb 12 Uhr verschied.

Leidmoss, 22. Aug. Ein Briefträger hatte irrtümlicherweise einem Adressaten bei einer Geldbestellung 100 M. zu viel ausbezahlt. Der Briefträger war für den Verlust haftbar. Um nun diesen Verlust auszugleichen, veranfaltete die Kurgäste ein Konzert. Es wurden über 100 M. eingenommen, — dem armen Briefträger ist gefolgt. Bravo, den ehlen Menschenstranden!

Wetzlar, 22. Aug. „Der Herr Staatsanwaltsvertreter“ nannte sich ein geübener Gauner einem Wetzlarer Dienstknecht gegenüber, als dieser ihm sagte, er wolle gegen einen Wegginger Dienstknecht Klage erheben. Die beiden haben sich in Wegginger getroffen und sind per Rad nach Wetzlar gefahren. Untenwegs erfuhr der Gaunende Anecht, daß sein Begleiter der „Vertreter der Staatsanwaltschaft“ sei. Selbstverständlich hat dieser dem Dienstknecht bei der hauptsächlichsten Klage seinen Beistand an. In einer hiesigen Wirtschaft wurde das „Protokoll“ am späten Abend noch aufgenommen und von dem Knecht mit 8 M. sofort bezahlt. Zwei Tage darauf kam der Gauner wieder und erhielt nochmals 7 M., da folgte bei Klageverfahren „Witz“ sei. Schließlich begann beim Dienstknecht etwas von einer Gaunerei zu dammen. Er ging zur Polizei, die in dem „Herrn Staatsanwaltsvertreter“ den Schneider Siemens W a l g aus Sigmaringen entdeckte und seine Verhaftung herbeiführte.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Zur Expedition Wellmann wird von der Dänemarks folgendes gemeldet: Der Kapitän Wellmann erscheint nun wahrhaftig, da das Ballonhaus unvollendet ist. Ferner brauchen beim ersten Probieren die Höhen beider Propeller der Gondel; allerdings ist die Reparatur hier möglich. Wellmann trägt noch energisch mit solchen Angelegenheiten um die Chance des wirklichen Aufstieges. Er jedoch nicht selbst davon überzeugt, daß letzterenfalls im September ein Probeflug der „America“ als Freiballon möglich wäre. Wellmann sagte dem Berichtshalter des „N.-M.“ in einer Unterhaltung: „Ich hoffe immer noch, daß trotz der eingetretenen Verzögerung bei den Arbeiten am Ballonhaus der Ballon am 1. September gefüllt sein wird. Erlaubt es die Witterung, so unternehme ich sofort einen Probeflug und fahre, falls dieser günstig verläuft, zum Pol, doch nicht später als am 6. September, da später wegen der beginnenden Dunkelheit manche meteorologische Beobachtungen unmöglich wären. Ich verkenne nicht, daß die Chancen nacheinander gegen mich sind, aber vielleicht weicht mir doch noch eine, und jedenfalls ringe ich um sie. Im übrigen will ich Sie, daß ich, wenn nicht heute, so bestimmt im nächsten oder übernächsten Jahre fahre. Von der Möglichkeit, den Pol zu erreichen, bin ich mehr als je überzeugt. Die Verzögerung ist einfach der gewaltigen Größe des Unternehmens zuzuschreiben, die uns immer horret wird, aber dank dem einmütigen Zusammenarbeiten überwältigt werden wird.“

Vom nächsten Internationalen Zoologenkongress. Die amerikanische Zoologengesellschaft hat die Vorbereitungen für den nächsten (zweiten) Internationalen Zoologenkongress übernommen, der im Jahre 1907 (und zwar im August oder September) in Boston eröffnet werden soll. Den Vorsitz führt der berühmte, ursprünglich einer Schweizer Familie angehörige, aber seit langem in Amerika ansässige Naturforscher Alexander Agassiz. Der Zoologenkongress wird mit wissenschaftlichen Verhandlungen in Boston beginnen, von wo Ausflüge nach der Harvard-Universität und nach anderen interessanten Plätzen der Nachbarschaft unternommen werden sollen. Nach Schluß der Sitzungen in Boston werden sich die Teilnehmer des Kongresses nach Woods Hole an der atlantischen Küste begeben, wo sich eine Station der Staatsbehörde für Fischerei und ein biologisches Laboratorium befinden, da sich die angebunden Küstenwälder durch ein besonders reiches Tierleben auszeichnen. Dann erfolgt die Weiterreise nach New York, wo der Kongress von der Columbia-Universität vom amerik. Museum für Naturgeschichte und von der New Yorker Zoologischen Gesellschaft aufgenommen werden wird. Von hier aus werden wieder Ausflüge nach der Yale-Universität, nach der Princeton-Universität und nach der Carnegie-Station für experimentelle Entwicklungsstudien geplant. Ferner sind Besuche in Philadelphia und Washington vorgesehen.

Der italienische Kunsthistoriker und Historiker Corrado Vivanti wurde zum Generaldirektor der italienischen Akademie der schönen Künste ernannt.

In der Affäre der Schauspielerin Odilon ist, nach einer Mitteilung der N. W. Z., eine überraschende Wendung eingetreten. Für Verteidiger, der Rechtsanwält Dr. Abogon, hat durch Rechtsratgeber der Statthalterei herabgedrückt, daß Helene Odilon anlässlich ihrer Ehe mit Radowich aus dem österreichischen Staatsverband entlassen worden ist. Der Vermerk in den Statthalterei-Akten lautet: „Da Petermann, genannt Helene Odilon, am 11. August

1900 aus dem österreichischen Staatsverband entgültig entlassen.“ In ihren Aussagen hatte die Odilon dies freilich behauptet, war aber nicht ins Auge gefaßt, dies zu beweisen. Nun muß selbstverständlich die österreichische Vormundschaft sofort aufhören, und die ungarischen Behörden allein sind in ihren Angelegenheiten kompetent.

Eugen Gura, der schon im Januar schwer erkrankt war, sich dann aber wieder erholt, liegt nun hoffungslos darnieder. Wie ein Telegramm aus München meldet, ist das Hinscheiden des Künstlers, der an Arterienverkalkung leidet, in jeder Stunde zu erwarten. Eugen Gura ist von Geburt ein Deutschböhme. Er ist am 8. November 1842 in Bressera, einem kleinen Ort bei Soob, geboren. Zunächst für einen technischen Beruf bestimmt, ging Gura unter Leitung des Wiener Meisters Anshaj zur Malerei über, wendete sich dann aber bald dem Studium der Musik in München zu, wo er im Jahre 1865 zum ersten Mal als Graf Liebmann im „Bassenschieß“ mit großem Erfolg die Hofbühne betrat. Spätere Engagements führten ihn nach Breslau, Leipzig, Hamburg und endlich nach München zurück.

Stimmen aus dem Publikum.

Es sei mir gestattet, meinem Mitbürgergenossen darüber Ausdruck zu geben, daß am Dienstag im populären Konzert des Kammerorchesters das Septett von Beckhoven auf dem Programm stand, doch nur teilweise gespielt wurde. So unglücklich es auch klingen mag: man hat den herrlichen langsamem Satz sowie das Scherzo einfach weggelassen. Sicherlich spreche ich im Sinne einer Anzahl von Musikfreunden, welche sich mit mir auf die Aufführung gefreut haben und mit mir enttäuscht nach Hause gingen. Anstehend hat man die Streichung vorgenommen, um das Konzert nicht zu lange auszuhalten, aber diesen Grund können wir nicht anerkennen. Da hätte man doch besser die Zugabe des Cellisten und die Zugabe des Violoncellisten unterlassen sollen oder noch besser die Schlussnummer des Programms (Uhr der Rannen aus Götterdämmerung, welche so wie im Konzertsaal nicht zu suchen ist) hätte einer kürzeren Nummer Platz machen müssen. Die Direktion des Kammerorchesters wird den begangenen Fehler nur dadurch gutmachen können, daß sie im nächsten Konzert das Septett von Beckhoven nochmals bringt und zwar ohne Streichungen, eingebeut das letzten Wortes unseres geliebten Robert Schumann: „Vertraute es als etwas Höfliches, in Stücken guter Konjunktur etwas zu ändern, wogegen aber gar neubehobene Verzerrungen anzubringen; dies ist die größte Schmach, die Tu der Kunst antut.“

Bermischtes.

— **Vergrößerter Rekord in Himalaja.** Wie aus Bombay gemeldet wird, hat der berühmte Bergsteiger Dr. Ballou Wortman auf seinen Touren in Kaschmir eine Spitze in der Himalaja-Gebirge erklimmt, die über 23 000 Fuß hoch ist. Wortman hat mit seiner Frau und italienischen Führern und den Trägern zwei Nadeln in einer Höhe von über 21 000 Fuß ein Lager aufgeschlagen. Nach seiner Ansicht war dies das höchste Lager, das je von Bergsteigern aufgeschlagen worden ist. Das ist jedoch nicht richtig, da Reginald Martin im Dezember 1902 bei einer Besteigung des Anconagua in den Anden eine Nacht in der Höhe von 22 000 Fuß zugebracht hat. Da der Anconagua nur 22 800 Fuß hoch ist, so hat Wortman insofern bei seiner Besteigung der Himalaja-Gebirge eine größere Höhe erreicht. Noch höher will Graham im Jahre 1893 gekommen sein, der den Gipfel des Kebra, der 24 000 Fuß hoch ist, bestieg. Wortman begann seine Meteorologien in Himalaja im Jahre 1893, in dem er drei Gipfel im Karakorum, einen darunter von 21 000 Fuß, zusammen mit seiner Frau bestieg. Im Sommer 1902 erforchte er den großen Chago Lungma-Gipfel in Nord-Pakistan und im nächsten Jahre fahrte er dorthin zurück und erreichte eine Höhe von 23 800 Fuß.

— **Scholerafall.** Die Berliner Wälder verzeichnen einen Todesfall in Berlin unter angeblich choleraverdächtigen Erscheinungen. Es handelt sich um die achtjährige Tochter des Zimmermanns Weimann in der Köpenickerstraße. Nach Untersuchungen an aushängiger Stelle ist der Choleraverdacht ein äußerst geringer, die Unternehmung ist eigentlich nur der Neugier halber vorgenommen. Die Leiche ist bereits zur Beerdigung freigegeben.

— **Vox der Blindheit der Post.** Ein französischer Journalist richtete, wie der „Gil Blas“ erzählt, vor kurzem einen Brief an einen nach Hofe fort-ur-Meer abgereisten Freund. Einige Tage später bekam er den Brief zurück mit dem postlichen Vermerk: „Adressat verweigert die Annahme, weil verstorben.“ Das ist, so bemerkt das Wochenblatt, sicherlich der Gipfel der vielgerühmten Blindheit der Post.

Der Eichesheimer Pfarrskandal.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

I. Karlsruhe, 21. August.

Anfang Mai ds. Js. wurde das kleine bei Rastatt gelegene Eichesheim ein berühmter oder besser gesagt, ein verächtlicher Ort. Die Presse brachte Mitteilungen über die Behandlung des Hauptlehrers von Roth von Eichesheim, die an des Ständebüchse grenzten, was seitens einer Bürgerlichkeit einem Mitbürger geschehen konnte. Der Mann war seines Lebens nicht sicher und diese Ständelose dauerten fort bis Juni. Und was hatte der Mann getan? Er hatte sich gegen die

unbilligen Angriffe des 40jährigen katholischen Geistlichen Bruber

gegen seine Frau gewehrt und dieselben bei der Anklage zur Anzeige gebracht. Eine eingeleitete Untersuchung gegen denselben brachte die einstweilige Abhebung des Geistlichen, die einen kaum glaublichen Aufreißer der Wehrzahl der Gemeindeglieder gegen den Lehrer im Gefolge hatten, der einer kleinen Revolution gleichkam. Diese Szenen wurden drei Wochen lang fortgesetzt, daß die Familie von Roth ihres Lebens nicht sicher war. Inzwischen war auch

eine Interpellation in der Zweiten Kammer eingelaufen, was die Regierung zum Schutze des Lehrers zu tun gebente. Inzwischen war aber auch die Staatsanwaltschaft nicht untätig gewesen, es waren Einnahmen und schließlich Verhaftungen erfolgt und so hat sich heute eine Anzahl Eichesheimer und Illinger Bewohner wegen

Landfriedensbruch

zu verantworten. Angeklagt sind der 43 Jahre alte Gipfel Friedrich Ristner in Eichesheim, der 62 Jahre alte Landwirt Lorenz Rodenmoier in Illingen, der 30 Jahre alte Fabrikarbeiter Wilhelm Fritz in Eichesheim, der 49 Jahre alte Schreiner Maxellus Fischer, der 23 Jahre alte Maurer August Weiler in Eichesheim, der 42 Jahre alte Bäckermeister Walmer in Eichesheim und der 49 Jahre alte Landwirt Eilber Hauns in Illingen wegen Landfriedensbruchs, Verleumdung und Bedrohung.

Der traurige Anlaß zu dem heutigen Prozess ist seinerzeit in der Presse eingehend erzählt worden und ist zurückzuführen auf das Verhalten des katholischen Ortsgeistlichen Bruber von Eichesheim, dessen unbilliges Benehmen gegen die Frau des

Hauptlehrers v. Roth auf Anzeige des letzteren zu einem kirchlichen Untersuchungsverfahren gegen ihn Anlaß gegeben hatte. Am 4. Mai d. J. erschien eine kirchliche Untersuchungskommission in Eichesheim und suspendierte den betreffenden Geistlichen Bruber seines Amtes wegen Ungehorsams und unbilligen Lebenswandels. Dies erbot die Bewohner von Eichesheim und Illingen, welche zusammen eine Pfarrei bilden und bei dem der Suspendierte sich einer großen Beliebtheit erfreute, darauf, daß sie am Abend in großen Scharen vor das Haus des Lehrers v. Roth zogen, nahezu 300 an der Zahl und

ein regelrechtes Steinbombardement

eröffneten, das trotz der Ermahnung der Ortspolizei und des Bürgermeisters bis nach Mitternacht anhielt. Mit Fingeln wurde gegen die geschlossenen Türen geschlagen und das Haus mit Steinen bombardiert und die Bewohner des Hauses — der Hauptlehrer Höfner und der Unterlehrer Duffner von Illingen waren gleichfalls in dem Hause mit Schimpfworten wie „Roter Stinker“, „Kampfenpad“, „Gefindel“, „Hund“, bedacht. Die Illinger Lehrer

mit Totschlag bedroht

und mit Anreden, wie der folgenden bedroht: „Der gehört genommen und umgebracht; gebt ihm nichts zu fressen oder tut Gift hinein. Lehrer Höfner entließ 1/21 Uhr durch die hinteren Gärten nach Illingen, während Duffner über Nacht blieb. In der folgenden Zeit wiederholten sich die Feindseligkeiten gegen den Hauptlehrer v. Roth, besonders an Christi-Himmelfahrt am 24. Mai, als das vom Erzbischöflichen Offizial erlassene Urteil an Pfarrer Bruber zur Eröffnung gelangte. Er wurde darin wiederholt unkeuscher Veräbrungen von verheirateten Frauen, unbilligen Reden, Bruch des jejunium naturale und wiederholter Verletzung des Wirtshausverbotes für schuldig erkannt, mit suspendio ab ordine et officio während zweier Monate, verhärtet durch diskolor während dieser Zeit und remotio von der Pfarrei bestraft. Auch wurde ihm die zweite motio canonica wegen verkehrten Umgangs mit Franziskanerinnen und unerlaubten Wirtshausbesuchs erteilt. Auch an diesem Abend kam es vor dem Hause des Lehrers v. Roth zu Ständelungen, sodas dieser in der Aufregung einen Revolver aus dem

ohne jemanden zu verletzen. Wie schon früher bekannt gegeben, wurde der Lehrer von der Bevölkerung vollständig boykottiert, konnte sich keine Lebensmittel verschaffen, auch nicht im Wirtshause, sodas er bei seinem Kollegen in Illingen ab.

Die Angeklagten F. Ristner, Rodenmoier, Silber, Hauns, Fischer, Fritz, Walmer und Weiler sind seit dem 11. resp. 12., 13. und 15. Juni in Haft — Hauns und Walmer wurden am 20. Juli aus der Untersuchungshaft entlassen. Geblieben sind 23 Personen, darunter auch der Pfarrer Adolf Bruber, der am 6. Mai nach seiner Suspension abgereist war und am 21. Mai Abends nach Eichesheim zurückkehrte, wo er am Eingang des Orts vom Weingartenverein „Frohman“ mit Russen eingeführt wurde. In dieser „Feier“ beteiligte sich übrigens auch der Bürgermeister Altmann von Eichesheim, der gleichfalls heute als Zeuge erschienen ist. Der Saal ist dicht gefüllt und ist Eichesheim und Illingen den Haupttrüger der Beisitzer, dazu kommen 44 Frauen, darunter der Pfarrer Bruber, ein wohlbeleibter blonder Herr, der aus Feldkirch hierher gekommen. Es folgt die

Einnahme der Angeklagten.

Der Vorsitzende ermahnt die Zeugen eindringlich, bei der Wahrheit zu bleiben und hebt hervor, daß die mißlichen Beziehungen der Hauptlehrer Höfner-Illingen und von Roth zum Pfarrer Bruber in Eichesheim die Veranlassung zu den Handlungen gegeben hätten, die heute zur Anklage stehen. Die Angeklagten F. Ristner und W. Fritz sind wegen Körperverletzung vorbehaftet. Die Hauptlehrer von Roth, Höfner und Unterlehrer Duffner haben zu gleicher Zeit Strafanträge gestellt.

Vors. Wir werden zuerst die persönlichen Verhältnisse in Eichesheim und Illingen besprechen. Der Lehrer Höfner hatte eines Bleibigungs-Prozess gegen den Pfarrer Bruber. Der Hauptlehrer Roth ist 1904 nach Eichesheim gekommen, der Pfarrer Bruber ist seit 1866 in Eichesheim. Derselbe sei ein guter Prediger und auch Epochenmacher gewesen und hier in das Wirtshaus gegangen.

Angekl. Ristner Ja, er war sehr beliebt. Vors. Stand der Lehrer von Roth gut mit dem Pfarrer? Angekl. Ristner; Ja, er hat mit derselben sich vom Pfarrer zurückgezogen.

Vors. Haben Sie etwas gewußt von der Anzeige des Roth gegen den Pfarrer?

Angekl. Ristner: Ich habe erst später Kenntnis erhalten. Vors. Hat der Lehrer von Roth nicht im Selangorein „Frohman“ gedauert, er habe seine Frau nicht für den Pfarrer? Der Lehrer ist dann freiwillig vom Dirigentenposten des „Frohman“ zurückgetreten. Ist Ihnen bekannt, daß der Pfarrer Bruber suspendiert wurde?

Angekl. Ristner: Erst am Tage nach der Untersuchung des erzbischöflichen Offizialat. Unmittelbar darauf ist der Pfarrer wegen Engagements und erst am 21. Mai kehrt er zurück und blieb bis zum 9. Juni.

Angekl. Weiler: Der Lehrer v. Roth erklärte am 3. Mai, wenn morgen der Pfarrer nicht verhaftet werde, dann brauche er nicht nach Karlsruhe zu telephonieren, dann erfolge die Verhaftung. Vors. Das Urteil des Offizialat gegen Bruber ging auf Suspendation.

Staatsanwalt: Ich beantrage die Verlesung des Tenors. Der Vorsitzende verliest denselben, wie er zum Teil oben mitgeteilt. Hier handelt es sich lediglich darum, was den Angeklagten davon bekannt war; es ist deshalb nicht nötig, darauf näher einzugehen.

Es wird sodann der Augenscheinsbericht; durchgesprochen und festgestellt, daß einige Beschuldigungen am Hause des Lehrers vorhanden gewesen, jedoch wird vom Angeklagten Ristner bestritten, daß derselben von scharfen Steinen herrühren.

Vors. Die Beschuldigungen sind unbedeutender Natur. Bemerken und an die Taten geschlagen ist jedenfalls.

Herr Staatsanwalt: Die Reparaturkosten sollen kein Markt betrogen haben.

Vors. Die Bestimmung ist unerheblich, doch sollen die Kosten 15 Mark betrogen haben.

Angekl. Ristner: Die Taten vom Lehrershaus waren sämtlich geschlossen. Der Lehrer hat einmal das Fenster angemacht und frech herabgeschlagen.

Vors. Sie werden doch wohl zugeben, daß es eine sehr wilde Geschichte war. Was haben Sie getan?

Angekl. Ristner: Ich habe mit einem Hohensteden an den Boden geschlagen und dem Lehrer zugerufen: Roter Stinker. Du behst mich noch einmal ein Suspendation! Ich war aber sehr aufgeregt.

Vors. Haben Sie etwas gegen den Lehrer oder nähere Beziehungen zum Pfarrer?

Angekl. Ristner: Ich war Kirchenauflöser über die Jugend bis zum 18. Jahr.

Volkswirtschaft.

In den Handelsverträgen mit Norwegen und Dänemark nimmt die Handelsbank Wankel entgegen.
Benz u. Cie., Rheinische Gasmotorenfabrik A.-G. Mannheim.

n. Mannheimer Produktendörse. Trotz der von Amerika gesandten höheren Kurse verlehrt der hiesige Markt in ruhiger Haltung, da das reichliche Angebot in russischem und russischem Weizen auf die Stimmung drückt.

Wichtigste Publikationen A. G. St. August. Die Gesellschaft ergab im Geschäftsjahre 1905/06 einen Gewinn aus Waren von 850 418 M.

Die deutsche Zuckersteuer. Während die Zuckersteuer schon mehrfach und namentlich nach ihrer letzten Ermäßigung der Reichstags Beschlüsse abgelehnt hat, die weit über die Staatsausgaben gingen und somit zur Verringerung der Reichseinnahmen insoweit beigetragen hat, wird der in etwa zwei Wochen zu erwartende Finanzabschluss der Reichsfinanzstelle für 1905 nach Mitteilung der 'Berl. Pol. Nachr.' ergeben, daß die Zuckersteuer mit einem recht bedeutenden Überschusse gegenüber dem Haushaltsplan abgeschlossen und damit einen ungünstigen Einfluß auf das Gesamtergebnis ausgeübt hat.

Berücksichtigung des Mangels an Konsumstoffe. Der Präsident des Deutschen Handelskongresses richtete am 1. August eine Eingabe an den Bundesrat, mit der Bitte, § 107 Abs. 1 und 2, § 111 Abs. 1 und 2, § 78 Abs. 1 Satz 1 der Reichsverfassung dahin zu ergänzen, daß, wenn der Antrag auf Eröffnung des Konkurses wegen Mangel an Konsumstoffe abgewiesen werde, diese Tatsache auf Staatskosten öffentlich bekanntzugeben sei.

Ein internationaler Kongress der Textilindustriellen findet am 31. August und am 1. September in Eisenach statt. Die Vorbereitung soll unter anderem auch über eine allgemeine Preisoberhöhung für Rockstoffe schlüssig werden.

Zahlungsleistung. Das Waren-Kreditbank Rab. W. in Mannheim in Berlin-Alexanderplatz hat nach dem 'Konf.' Konkurs angemeldet. Die Passiven betragen M. 512 000, die Aktiven sind noch nicht festgestellt.

Stahlwerkverband. Die die 'R. P.' Wri. haben die Verhandlungen der Preussisch-Schlesischen Staatsbahnen und die Süddeutschen Staatsbahnen mit dem Stahlwerkverband die Verträge zur Lieferung von Eisenbahnlokomotiven, die Schwellen, Schienen und Kleinzeug, bis zum Frühjahr 1907 verlängert, und zwar zu denselben Bedingungen, wie die in den bisherigen Verträgen festgelegten.

Eisenpreisrückgänge. Laut 'R. P.' erzählt das Düsseldorf'sche 'Reifenblatt' ab gestern die Preise für Hematit- und Magnetit-Eisen Nr. 1 und 3 Markt die Zölle für das norddeutsche Gebiet. Eine Preisoberhöhung von Eisenereisen Nr. 3 bleibt für die nächsten Tage vorbehalten.

Die Karlsruher Elektrizitäts- und Stadtwerke A.-G. in Danzig, deren Vermögensübersicht am 30. September 1905 bei einem Aktienkapital von 1 187 000 M. einen Verlust von 1 572 930 M. auswies, beschließt, einen dritten Wiederanleiheversuch zu unternehmen, der den Aktieninhabern und den Hypothekengläubigern, darunter der Stadt Danzig, schwere Opfer auferlegt. Die letzteren sollen auf etwa zwei Fünftel ihrer Forderungen Verzicht leisten, wobei zu berücksichtigen ist, daß eine unverhältnismäßig hohe Belastung von 3 1/2 Mill. Mark auf den Werken ruht.

Verfallstafe. Wie die 'R. P.' erzählt, ist ein Zeitpunkt für die Einreichung der Forderungen noch nicht festgesetzt, weshalb es als unwahrscheinlich betrachtet werden muß, daß mit der Ablösung der Aktien von 5 bis 6 Monaten begonnen werden

kann. Indes ist die Rede davon, daß eine Zinsvergütung von 4 Prozent auf die verfügbaren Beträge stattfinden soll; für welchen Zeitraum indes, ist noch nicht zu erfahren.

Telegramme.

* Berlin, 23. Aug. In der heutigen Aufsichtsratsitzung der Bank für Thüringen vorn. V. R. Strupp A.-G. wurde beschlossen, der Generalversammlung für das abgeschlossene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 7 1/2 Proz. vorzuschlagen und 100 271 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

* Bern, 23. Aug. Unter dem Vorsteher des Bundesratspräsidenten fand die 1. Generalversammlung der schweizerischen Nationalbank statt. Sie wählte gemäß einem von mehreren Interessentengruppen aufgestellten Vorschlag 15 Mitglieder des Bankrates (25 wählt der Bundesrat) und die Mitglieder und Erfahrmänner der Revisionskommission.

Kursblatt der Mannheimer Produktendörse vom 23. August.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, etc., and their prices in different units.

Table for Weizenmehl and Roggenmehl prices, showing different grades and their corresponding market values.

Österreichisches Petroleum... in Eisenen 100, 17,30, in Fass (Barrel) 21,10 per 100 kg netto vergollt ab hiesigem Lager.

Mannheimer Effektenbörse vom 23. August. (Offizieller Bericht)

Notierungen vom Donnerstag, 23. August 1906: Verein Deutscher Schiffbauwerke 132 G. er. Bezugsrecht, Pfälz. Vorkurs- und Spiritfabrik 133 B., Lab. Rüd. u. Mivert, Aktien 440 B.

Obligationen

Table listing various bonds and obligations with their respective interest rates and market prices.

Banken.

Table listing bank shares and their prices, including Deutsche Bank, Reichsbank, etc.

Eisenbahnen.

Table listing railway shares and their prices, including Pfälz. Eisenbahn, Rheinl. Eisenbahn, etc.

Chem. Industrie.

Table listing shares of chemical companies like Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik, etc.

Textilindustrie.

Table listing shares of textile companies like K. O. S. Textilindustrie, etc.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* Berlin, 23. Aug. (Fonds Börse.) Die Börse war bei Eröffnung uneinheitlich und mehrfach zur Schwäche neigend. Sowohl Banken wie Montanwerte waren träge bei zum Teil niedrigeren Kursen.

In dritter Börsenstunde hll. Chilenische Anteile von 1906 1/2 pSt. niedriger. Russen gut gehalten. Industriewerte des Kassamarktes schwächer. Donnerstags-Hülte 3 pSt. niedriger auf Gelderschüttung infolge Bergbaues. Kassagemeinschaft Mühlau-Sonderburg 1200 M. niedriger auf eingetretene Gebirgsverwerfung.

Berlin, 23. August. (Schlusskurse.)

Table showing closing prices for various securities, bonds, and commodities in Berlin.

W. Berlin, 23. August. (Telegr.) Nachbörse.

Table showing after-market prices for various securities.

Pariser Börse.

Paris, 23. August. (Kassakurse.)

Table showing Paris market prices for various securities.

Berliner Produktendörse.

* Berlin, 23. Aug. (Tel.) Produktendörse. Mangel sonstiger auswärtiger Anregungen drückte etwas Amerika anfangs auf den Weizenmarkt; doch war das billige Angebot bald vergeben und mußte die weitere Kaufkraft ziemlich gestrige Preise anlegen.

Berlin, 23. August. (Telegramm.) (Produktendörse.)

Table showing Berlin market prices for various commodities.

Krankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* Frankfurt, 23. Aug. (Fonds Börse.) Die Verteuerung des Geldfußes in Newyork, sowie auch das Anziehen des Londoner Privatdiskonts ließen die vorliegenden günstigen Momente nicht auskommen. Die gestrige unsichere Haltung der Newyorker Börse vermittelte auch an den hiesigen Plätzen. Baltimore und Ohio schwächer. Pennsylvania-Eisenbahn behauptet und zur festeren Haltung geneigt. Lombarden behauptet. Prinz Heinrichbahn auf günstigen Delatenausweis fester. Reichshafen Verträge war auch heute wieder in Orientalbahn, welche mit 114,40 bezahlte wurden. Weiteres Interesse wurde nach Odenburg entgegengedrückt; Steigerung 1 pSt. gegen gestern. Die Steigerung des Newyorker Eisenpreises wie der günstige Bericht der Iron Age machte wenig Eindruck. Die Unternehmungslust in Montanwerten ließ viel zu wünschen übrig. Es trat teilweise Realisationslust hervor. Der Bankmarkt war ruhig und ziemlich behauptet. Österreichische Kreditaktien schwächer. Schiffsfahrtsaktien lustlos und schwächer. Die gestrige Ablehnung von der Gründung einer russischen Noten-Emissionsbank wurde demontiert, was zur Befestigung der russischen Zinsen führte. Australische Franzosen fest. Spoz. Rubaner auf die Auslandsbewegung in der Provinz Vira del Rio schwach. Chilenische Anteile von 1906 ebenfalls schwächer. Deutsche Fonds behauptet. In Industriewerten erhielt sich die feste Haltung bei allerdings mäßigen Umsätzen. Gegen Schluss trat Befestigung ein. Wiener Bankverein lebhaft. An der Nachbörse war die Tendenz hll. bei behaupteten Kursen. Es notierten Kredit 210,30, Diskont 189,70 gegen 144,70.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, Berlin, London, and others.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table listing various German state securities and their prices.

Alten industrieller Unternehmungen.

Table listing prices for various industrial goods and services.

Bank- und Versicherungs-Alten.

Table listing prices for various bank and insurance services.

Bergwerks-Alten.

Table listing prices for various mining-related securities.

Alten deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.

Table listing prices for various transport services.

Bausparnisse, Prioritäts-Obligationen.

Table listing prices for various savings and bond investments.

Kassendire. Kreditlinien 210.30, Staatsbahn 143.75, Lombarden 33.50, Disconto-Commandit 133.10

Text discussing the coal market, labor conditions, and economic outlook.

Text discussing the coal market, labor conditions, and economic outlook.

Text discussing the coal market, labor conditions, and economic outlook.

Advertisement for 'Das Badische Land' featuring a map and text about regional products and services.

Advertisement for 'Hektographen-Masse' (hectograph paper) with pricing and contact information.

Advertisement for 'Magen-Darm- und Zuckerkranken' (digestive and diabetic treatments) by Günther's Aleuronat-Gebäck.

Advertisement for 'Gegen bare Zahlung' (cash payment) and 'Ankauf' (purchase) services.

Advertisement for 'Haare lassen' (hair services) and 'Verkauf' (sale) of various goods.

Advertisement for 'Stellen finden' (job finding) and 'Tüchtige Eisenhobler' (skilled ironworkers).

Advertisement for 'Miet-Verträge' (rental contracts) and 'Lehrmädchen' (apprentice girls).

Advertisement for 'Bureaux' (offices) and 'Läden' (shops) for rent or sale.

Advertisement for 'Zu vermieten' (for rent) and 'Eine Wohnung' (a house/apartment).

Advertisement for 'Möbl. Zimmer' (furnished rooms) and 'Lehrmädchen' (apprentice girls).

